



MITTEILUNGEN ZUR STÄDTEPARTNERSCHAFT WITTEN - KURSK

Freundeskreis Witten - Kursk e.V.

Infoblatt Nr. 22

Februar 2015

Konflikt in der Ukraine - Kalter Krieg mit neuen Waffen?

so hieß der Vortrag mit Andreas Zumach am 21.11.2014, 19.00 Uhr im Haus Witten, den wir, der Freundeskreis Witten-Kursk, zusammen mit ATTAC Witten, DFG-VK, DGB, Freundeschaftsverein Witten-Tczew, Friedensforum und die VHS Witten-Wetter-Herdecke organisiert und finanziert haben.

Der Journalist Andreas Zumach, schreibt zu Themen des Völkerrechts, der Menschenrechtspolitik, der Sicherheitspolitik, der Rüstungskontrolle und internationaler Organisationen. Er arbeitet in Genf als Korrespondent für verschiedene Printmedien. Einen Namen machte er sich 2004 mit seiner Kritik am dritten Golfkrieg. Im Jahr 2009 erhielt er den Göttinger Friedenspreis.

Der Ukraine-Konflikt betrifft auch das Gebiet und unsere Partnerschaftsstadt Kursk, die viele Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen, und auch unsere gemeinsame mit unseren russischen Freunden erstellte Resolution.

In dem gut strukturierten und klar formulierten Vortrag beleuchtete A. Zumach die Hintergründe und Zusammenhänge des derzeitigen Konfliktes.

Er erläuterte die Entwicklungen seit ca. 1990, seit der Vereinigung beider deutscher Staaten, mit Reflexionen generell zum Ost-West-Konflikt. Seine Kernaussage lautete:

„Der Kalte Krieg ist nicht wirklich beendet, er ist lediglich abgewandelt. Die geopolitische Machtkonkurrenz besteht weiterhin und wird (insbesondere vom Westen) weiter betrieben.“

In der historischen Aufarbeitung der politischen Ereignisse, die zu der gegenwärtigen Situation in der Ukraine geführt haben, stellte A. Zumach die Hauptverantwortung des Westens heraus der sich zunächst allerdings anders verhielt (womit andere Verantwortungen nicht klein geredet werden):

- Im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurden im Febr. 1990 in Ottawa (Kanada) zwischen USA, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion die sogenannten 2+4-Ge-spräche vereinbart. Der Sowjetunion (Präsident Gorbatschow) wurde in diversen Gesprächen (unter anderem mit den ehemaligen Außenministern Genscher und Baker) zugesagt, dass

keine Veränderung/Erweiterung des Natorbereichs nach Osten erfolgt. (Anmerkung: Zum damaligen Zeitpunkt bestand noch der Warschauer Pakt, seine Veränderung/Auflösung zeichnete sich ab).

- Auch die Charta von Paris (offiziell: "Charta von Paris für ein neues Europa"), die 1990 als Schlussdokument der KSZE vereinbart wurde, ist nach Erläuterungen des Referenten ein wesentliches Indiz für die beabsichtigte friedvolle Kooperation der Nationen in Europa, nach der Wiedervereinigung Deutschlands und der Einstellung der Ost-Westkonfrontation. Zumach zitierte den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl: "Die KSZE müsse das Herzstück Europas werden". (Anmerkung: Mit der Charta von Paris wurden Nato und Warschauer Pakt eigentlich obsolet. Der Warschauer Pakt löste sich 1991 auf, die Nato nicht).
- Noch 1994 bestätigte der amerikanische Präsident Bill Clinton die Zusage bezüglich einer Nichterweiterung der Nato nach Osten (nach der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes!).

Änderungen zu diesen, bisher friedvollen und kooperativen Absichten, ergaben sich gegen Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts, die Zumach erläuterte:

- Der amerikanische Präsident Clinton 1998 änderte seine bisherige Haltung: Nunmehr vorliegende Anträge osteuropäischer Länder zur Aufnahme in die Nato würden eine Osterweiterung des Militärbündnisses erfordern.
- Auf europäischer Ebene traf der Europäische Rat 2001 mit der „Strategie von Lissabon“ eine folgenschwere Entscheidung: Die EU müsse bis zum Jahre 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden...“. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es nach dem damaligen EU-Kommissar G. Verheugen erforderlich, zwei weitere Staaten in die EU aufzunehmen, die Türkei und die Ukraine. Daraufhin wurden in 2004 Verhandlungen der EU (Aktionsplan im Rahmen der „Nachbarschaftspolitik“) mit der Ukraine zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens aufgenommen, u. a. unter der Voraussetzung eines Beitritts in die Welthandelsorganisation (WTO).

Nach Darstellung von A. Zumach hatte sich die Nato in 2004 - gegenüber den ursprünglichen Vereinbarungen - deutlich nach Osten und Südosten erweitert. Mittlerweile wurden 10 ost- und südosteuropäische Länder Mitglied dieses Militärbündnisses mit dem Ergebnis, dass die Nato bis an die Grenze der Russischen Föderation herangerückt und - im Gegensatz zu den Zielen der Charta von Paris - nunmehr ein Bedrohungsszenario für Russland entstanden ist.

Infolge der zwischenzeitlich wirtschaftlich dramatisch veränderten Situation (vor allem durch die Verhaltensweise der ukrainischen Oligarchie) und der Verhandlungen bezüglich eines Assoziierungsabkommens stellte der „Internationale Währungsfonds“ der Ukraine in 2010 eine Unterstützung von 15 Mrd. US-Dollar in Aussicht, band dies jedoch an die Forderungen (vergleiche auch Griechenland):

- Verdoppelung der Preise
- Heraufsetzen des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre
- Abbau von staatlichen Subventionen
- Durchsetzung eines neoliberalen Wirtschaftsmodells

Die damit verbundenen weiteren Auswirkungen wären für die ukrainische Bevölkerung nach Darstellung von A. Zumach katastrophal und führten demzufolge zu den Entwicklungen bis Ende 2013:

- die ukrainische Regierung unterschreibt das Assoziierungsabkommen nicht
- der Währungsfonds zahlt den Kredit nicht aus
- die russische Regierung sagt Übernahme des Kredits zu
- die ukrainische Wirtschaft verschlechtert sich dramatisch

A. Zumach erläuterte die Entwicklungen seit Ende 2013/Anfang 2014, die sich auf die bekannten wesentlichen Ereignisse bezogen:

- Demonstrationen auf dem Maidan, mit vielen Opfern und der Beteiligung auch rechter Gruppierungen
- Flucht des amtierenden Präsidenten, Wiktor Janukowytsch
- Konferenzen der EU-Außenminister, unter anderem mit dem Ergebnis, im Herbst Parlamentswahlen durchzuführen
- Die (nach Protesten) im Mai vorgezogen gewählte Übergangsregierung (Präsident Poroschenko, Ministerpräsident Jazenjuk) entscheidet:
 - Russisch als zweite Amtssprache wird abgeschafft
 - Das Stationierungsabkommen für die russische Schwarzmeerflotte in Sewastopol soll - statt vereinbart 2047- in 2017 beendet werden

- Der Konflikt weitet sich militärisch aus, auch unter Beteiligung rechter Gruppierungen
- Die russische Föderation annektiert die Krim, die russische Bevölkerung begrüßt weitgehend diese völkerrechtswidrige Vorgehensweise; ein Referendum bestätigt anscheinend die Annexion.
- In Donezk und Luhansk werden verfassungswidrige russische Republiken ausgerufen, der Anschluss an die russische Föderation gefordert. Ein illegitimes Referendum bestätigt anscheinend auch hier die separatistische Vorgehensweise.
- Im inzwischen vorliegenden Bürgerkrieg mit über 4.500 Toten wird unter anderem das niederländische Passagierflugzeug FH 417 abgeschossen, OSZE- Beobachter werden in ihrer Aufklärungsarbeit behindert.
- In der Vereinbarung von Minsk vom September 2014 wird unter anderem ein Waffenstillstand vereinbart, der bis heute nicht eingehalten wird.
- Die Separatisten in Donezk und Luhansk werden durch Moskau unterstützt.
- Die ukrainische Regierung friert unter anderem in den separatistischen Republiken die Renten ein
- Neuwahlen in der Ukraine im Herbst: Der rechte Sektor (u. a. Swoboda) verliert an Bedeutung, Präsident und Ministerpräsident werden bestätigt.
- Russland und die separatistischen Republiken Donezk und Luhansk fordern einen Beitritt der Ukraine in die eurasische Wirtschaftsunion.
- Seit März bis Dezember 2014 wurden gegen Russland durch den Westen Sanktionen in einem Maße verhängt, die auch infolge der "Gegenmaßnahmen durch die russische Regierung" zu einer erheblichen Belastung der russischen Bevölkerung und der russischen Wirtschaft geführt haben.

Zumach fasste die Problembereiche, die zu der gegenwärtigen Situation in der Ukraine geführt haben oder weiterhin führen, nochmals zusammen:

- Im Gegensatz zu den ursprünglichen Absichten einer friedvollen Kooperation haben sich wirtschaftliche und damit politische und militärische Aspekte durchgesetzt. Anscheinend ist die Ukraine auf Grund ihrer Landes- und Bevölkerungsgröße, ihrer Bodenschätze (im Osten), der Landwirtschaft (West- und Zentralukraine) und ihrer strategischen Lage für beide Seiten (Ost und West) zu bedeutsam. Der in Europa - trotz des kalten Krieges - seit 70 Jahren andauernde Frieden- droht nunmehr, aufgrund wirtschaftlicher Interessen und politischer Machtinteressen, geopfert zu werden.
- Die Hauptverantwortung liegt dabei im Westen und hier in Europa. Die EU hätte, gemäß der Charta von Paris (OSZE) sowie des Lissabon-Vertrages, ihre Möglichkeiten zur Friedenssicherung, Krisenprävention und Krisenbewältigung stärker nutzen müssen.

- Oligarchen haben das Land wirtschaftlich erheblich ausgeplündert. In stärkerem Maß als in Russland wurden von Beginn an, ab 1991, Staatsbetriebe privatisiert und Gewinne ins Ausland transferiert. Die damit einhergehende staatliche und gesellschaftliche Verarmung führte auch zur Entwicklung des rechten Sektors.
- Das Land ist gespalten: Die Regierung der Ukraine, weite (zentrale und westliche) Teile des Landes wollen in die EU, östliche Teile (Separationsrepubliken und weitere) wollen einen Anschluss an Russland. Weitere Teile wollen eine Teilautonomie mit russisch als zweiter Amtssprache und einer Steuerautonomie.
- Das gesellschaftliche und private Leben wird in vielen Landesteilen durch das Interesse örtlicher Banden bestimmt, die staatlichen Organisationen sind hier durch Willkür ersetzt.
- Inzwischen ist unstrittig, dass in den Separationsrepubliken russisches Militär sowie russische Einflussnahme - trotz OSZE- Beobachtern in der Ukraine - präsent ist.

Was muss geschehen um die Situation in der Ukraine zu befrieden und einen drohenden Krieg in Europa zu verhindern?

Andreas Zumach benannte hierzu folgende wesentliche Aspekte:

- Rücknahme der Sanktionen gegenüber Russland
- Die EU, mit ihren 28 Ländern, müsse eindeutig einen Nato-Beitritt der Ukraine zurückweisen
- Militärische Manöver müssen beendet werden (erster Schritt: Nato)
- Gespräche zwischen den Handelsvertretern der EU (Assoziierungsabkommen) und Vertretern der eurasischen Wirtschaftsunion bzgl. einer Kompatibilität müssen begonnen werden
- Regierung Kiew:
 - Minderheiten müssen entsprechend berücksichtigt werden
 - Russisch als Amtssprache muss zugelassen werden
 - Stationierungsvertrag für die russische Schwarzmeerflotte wieder auf ursprüngliches Datum (2047) heraufsetzen
- Russland:
 - Militärische Einflussnahme im Osten der Ukraine muss beendet werden
 - Rücknahme der Erhöhung der Gaspreise
 - Durchführung legaler Referenden in der Krim und den separatistischen Republiken unter Beobachtung der OSZE

In der anschließenden Diskussion wurden insbesondere Fragen der Rolle der Medien, der gesellschaftlichen Wahrnehmung durch die politische Klasse (oben denkt man anders als unten) sowie der Rolle der USA in der Ukraine besprochen.

Für den Vorstand - Dieter Boele

Anmerkung:

1. Der Referent A. Zumach hat zu dem Thema eine Vielzahl von Aspekten, historischen Sachzusammenhängen und Hintergrundinformationen dargestellt und erläutert, die bis zum 21. November 2014 vorlagen. Hierdurch konnte ein tieferer Einblick in die Problematik ermöglicht werden.

Dem Vorstand des Freundeskreises ist bekannt, dass zu den verschiedenen Zusammenhängen und Aspekten auch weitere Positionen oder Bewertungen vorliegen, die aus Zeitgründen nicht oder nicht ausreichend beleuchtet werden konnten.

2. Derzeit ist noch nicht absehbar, ob sich die Entwicklung nach Minsk II tatsächlich und auch nachhaltig entspannt und auch die Menschen in der Ukraine hiervon profitieren. Die Forderung nach Waffen an die Ukraine besteht generell nach wie vor. Daher ist unsere Resolution, die im Sommer von beiden Städtepartnerschaftsvereinen erarbeitet und unterzeichnet wurde und zu der zwischenzeitlich ca. 150 Unterschriften vorliegen, nach wie vor aktuell und kann daher noch von weiteren Bürgern und Bürgerinnen unterschrieben werden.

Resolution und Unterschriftslisten können bei der Geschäftsadresse des Freundeskreis Witten- Kursk bezogen werden.

Plakat der Veranstaltung

Konflikt in der Ukraine

Kalter Krieg mit neuen Waffen?

Vortrag und Diskussion mit Andreas Zumach

Der Journalist Andreas Zumach, Jahrgang 1954, schreibt zu Themen des Völkerrechts, der Menschenrechtspolitik, der Sicherheitspolitik, der Rüstungskontrolle und internationaler Organisationen. Er arbeitet in Genf als Korrespondent für verschiedene Printmedien. Einen Namen machte er sich 2003 mit seiner Kritik am dritten Golfkrieg. Im Jahr 2009 erhielt er den Göttinger Friedenspreis.



Er schreibt im Netzwerk Friedenskooperative: „Mit ihrer fatal falschen historischen Weichenstellung und ihrer Politik gegenüber Russland seit dem Fall der Berliner Mauer haben die NATO-Staaten nicht nur die Sowjetnostalgiker und geostrategischen Falken in Moskau gestärkt. Auch die große Zustimmung in der russischen Bevölkerung - und auch Gorbatschows - für Putin und seine völkerrechtswidrige Annexion der Krim ist nur verständlich auf der Folie dieser Enttäuschungserfahrungen mit dem Westen seit 1989.“

Freitag, 21. November 2014, 19.00 Uhr
58452 Witten, Haus Witten, Ruhrstr. 86



Jahresprogramm 2015 des Freundeskreises
Witten-Kursk

09.03.
Jahreshauptversammlung

13.04.
Stammtisch

26.04.
Teilnahmen an der Integrationsmesse in der
Wittener°Werkstadt

11.05.
Literaturkreis, eventuell in der Buchhandlung Lehmkuhl,
Szenische Lesung mit russischen Häppchen und Kwass

08.06.
Themenabend
Auswirkung des Ukraine-Konflikts in Russland

13.- 22.06.
Kursk-Reise
mit Besuch des Tolstoi-Landsitzes in Tula (Jasnaja Poljana)

10.08.
Bericht zur Kursk-Reise
damit verbunden: Aufgreifen des Themenabends vom
08.06.

22.08.
Teilnahme an der Veranstaltung des IKBZ
(Internat. Kultur- und Begegnungszentrum) mit Stand,
Programm steht noch nicht fest, Unterstützung wäre er-
wünscht

14.09.
Themenabend:
Russischer Filmabend

12.10.
Stammtisch

09.11.
Themenabend:
noch offen

Dezember
Jahresabschlusstreffen

Alle Treffen finden statt, wenn nichts anderes angegeben
ist, in den Räumen der Ruhrbühne Witten,
Bochumer Str. 10a



Der Landsitz Tolstois in Jasnaja Poljana bei Pula



*Herausgeber des Infoblattes:
Freundeskreis Witten-Kursk e.V.
Vereinsregister Amtsgericht Witten, VR Nr. 650*

*Verantwortlich für den Inhalt:
Vorstand des Freundeskreises: Rita Boele, Sabine van den
Bosch, Dr. Detlev Thierig, Peter Kieselbach,
Dieter Boele*

*Vereinsanschrift: Rita Boele, Möllerstr. 36,
D-58456 Witten
E-Mail r-boele@versanet.de
Telefon 049 2302/71752*

Internet: www.witten-kursk.de

*Redaktion: Peter Falk, Harkortring 34, D-58453 Witten
Telefon 049 2302/62750
E-Mail: falk.peter@t-online.de*